

Zagreb folgt Kiew

Nach der Ukraine beginnt auch Kroatien mit der feierlichen Umbettung von toten Faschisten aus dem Zweiten Weltkrieg. Das verschärft die Spannungen mit Serbien

Von Slavko Stilinović

Die jüngste Einigung zwischen Kroatien und Slowenien zur Exhumierung von bis zu 20.000 Soldaten des faschistischen kroatischen Staates aus dem Massengrab von Tezno bei Maribor fügt sich in ein bemerkenswertes Muster ein. Die Nezavisna Država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien, NDH) war ein von der Ustascha-Bewegung regierter Marionettenstaat der Achsenmächte auf dem Gebiet des heutigen Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas, der von 1941 bis 1945 existierte und für Massenverbrechen an Serben, Juden und Roma verantwortlich war. Während in der Ukraine seit diesem Frühjahr systematisch die sterblichen Überreste von Nazikollaborateuren exhumiert werden, um sie mit militärischen Ehren in Kiew beizusetzen, gibt es in Zagreb ähnliche Bemühungen.

Der Zeitpunkt ist auffällig: Erst Mitte Mai 2026 hatte Kroatien 500 exhumierte Leichen aus vier Massengräbern in Slowenien in einer feierlichen Zeremonie am Grenzübergang Macelj in Empfang genommen. Nun soll bereits 2027 die Bergung der Zehntausenden aus Tezno beginnen, die 1999 beim Autobahnbau entdeckt wurden. Sloweniens rechter Premier Janez Janša sicherte dem rechten Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments Ivan Penava von der Heimatbewegung volle Unterstützung zu. Recherchen haben zudem ergeben, dass in den Massengräbern neben kroatischen auch Überreste von montenegrinischen und serbischen Faschisten gefunden wurden. Penava traf die Vereinbarung mit Janša ohne das Wissen von Premierminister Andrej Plenković und räumte dies selbst ein. Der rechte Koalitionspartner betreibt eigene Außenpolitik und inszeniert sich – auf Kosten des Regierungschefs – als der eigentliche Vollstrecker der »nationalen Interessen«.

Die kroatische Rechte bedient sich der Exhumierungen, um dem antifaschistischen Staatsgründungsmythos Titos, der den 22. Juni als Feiertag des antifaschistischen Kampfs etablierte, einen eigenen, national-konservativen Gründungsmythos entgegenzusetzen. Indem man die Gebeine der NDH-Soldaten ausgerechnet an diesen Tagen feierlich überführte, wird aus einer angeblich humanitären Geste eine geschichtspolitische Kampfansage an das antifaschistische Erbe des Zweiten Weltkriegs. Diese geschichtspolitische Instrumentalisierung der Exhumierungen ist Teil eines Trends, der die Widersprüchlichkeit der »europäischen Integration« zu Tage fördert.

Parallel zur kroatisch-slowenischen Einigung hat die Ukraine unter dem Namen »Operation Pantheon« damit begonnen, die sterblichen Überreste von

Nazikollaborateuren in Kiew beizusetzen. Präsident Wolodimir Selenskij erließ im August 2026 ein entsprechendes Gesetz, das in Polen auf scharfen Widerspruch stößt. Warschau macht die Exhumierung polnischer Opfer des Wolynien-Massakers von 1943 zur Bedingung für die Freigabe des EU-Beitritts der Ukraine. Der polnische Parlamentspräsident stellte klar: »Die Europäische Union ist kein Geldautomat, sondern eine Wertegemeinschaft. Das bedeutet auch, Völkermord Völkermord zu nennen.« Ein diplomatischer Eklat, der die fragile Einheit der osteuropäischen Staaten erschüttert.

Noch verfahrener ist die Lage zwischen Kroatien und Serbien: Während Zagreb 1.725 Vermisste aus dem Sezessionskrieg sucht und Belgrad eine fast vollständige Verweigerung der Zusammenarbeit vorwirft, droht die kroatische Regierung nun damit, dieses Versagen im EU-Beitrittsprozess Serbiens zu thematisieren. Der Mechanismus, der eigentlich der Rechtsstaatlichkeit dienen soll, verkommt zum politischen Druckmittel. Serbische Stellen wiederum werfen Zagreb vor, seinerseits die Exhumierung serbischer Opfer zu behindern; seit sechs Jahren habe es keine gemeinsamen Exhumierungen mehr gegeben.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die eigentlich Versöhnung ermöglichen soll, wird zur Geisel innenpolitischer Interessen und nationalistischer Symbolpolitik. Die Blockade eines EU-Beitritts über historische Gräben, die Verweigerung der Zusammenarbeit bei der Suche nach Vermissten und die bewusste Inszenierung von Exhumierungen zu politischen Zwecken sind nicht die Werte, für die die EU stets behauptet zu stehen. Im Gegenteil: Indem Mitgliedstaaten den EU-Anspruch auf politische Einigung durch symbolpolitische Auseinandersetzungen um die Toten untergraben, schüren sie auf dem Balkan und in Osteuropa den Nationalismus, den der Staatenblock vorgibt, überwinden zu wollen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/529066.geschichtspolitik-zagreb-folgt-kiew.html>